

**Pressemitteilung aus dem RWGV Jahresbericht 2013**

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V. — Jahresbericht 2013

**Lokal und global: Kommunen und Genossenschaften**

Es sind nicht nur finanzielle Erwägungen, die Kommunen dazu bewegen, Aufgaben in die Hände einer Genossenschaft zu legen. Die Rechtsform bietet den idealen Rahmen, unterschiedliche Stakeholder in die Geschäftsentwicklung einzubinden. Nicht zu unterschätzen ist auch die Motivation genossenschaftlich engagierter Bürger: Sie identifizieren sich mit dem Zweck des von ihnen mitgetragenen Unternehmens und sehen in der Genossenschaft oftmals einen Gegenentwurf zur globalisierten Konsumentenkultur.

„Ein kleines Dorf im Sauerland nimmt seine Wärmeversorgung selbst in die Hand.“ Mit diesem stolzen Satz stellt sich die Bio-Energiedorf Wallen eG auf ihrer Homepage vor. Die Assoziation mit dem rebellischen gallischen Dorf aus den Asterix-Comics von René Goscinny und Albert Uderzo ist wohl nicht ganz unwillkommen. Denn die 2011 gegründete Genossenschaft im RWGV betreibt ein eigenes Nahwärmenetz, das die Einwohner von Wallen von der Preispolitik der großen Öl- und Gaskonzerne unabhängig macht.

Obwohl das Netz ein ganzes Dorf versorgt, wird das Unternehmen nicht von der Kommunalverwaltung getragen. Die Stadt Meschede und ihre politischen Repräsentanten haben den Aufbau des Wärmenetzes lediglich gefördert. Trotz beachtlicher Baukosten gab es in Wallen niemanden, der die Auffassung vertrat, dass die Kommune die ordnungsgemäße Planung und den Betrieb der Anlage selbst sicherstellen müsse.

Hierin wird ein Einstellungswandel erkennbar, der mehr und mehr um sich greift. Lange waren Gemeinschaftsgüter und öffentliche Unternehmen für die meisten Bürger nur in Form von Staatsbesitz vorstellbar.

**- Bürgergesellschaft festigen**

Heute können unter Umständen andere Unternehmensformen besser geeignet sein, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Es gilt, die Qualität der Dienstleistungen zu verbessern, die Bürgergesellschaft zu festigen und die sich immer stärker ausdifferenzierenden Erwartungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zu moderieren. Kurzum: Die Zeit ist reif, die Beziehung zwischen Bürger und Kommune neu zu denken und Gruppen und Einzelpersonen mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu übertragen.

Doch mit der Forderung nach weniger Staat ist es nicht getan. Denn das Misstrauen, dass es bei der Privatisierung von bislang staatlich erbrachten Dienstleistungen zuvorderst um eine Umverteilung von Kosten und Nutzen geht, sitzt tief. Die Be-

Gründungsmitglieder  
der Bio-Energiedorf Wallen eG





← Das Dorf Wallen im Sauerland hat sich in Eigenregie ein Nahwärmenetz aufgebaut.

↓ Der erste Spatenstich wenige Monate nach der Gründung der Genossenschaft.

fürchtung, dass für substanzuell nicht verbesserte Dienstleistungen höhere Preise in Rechnung gestellt werden, ist in der Bevölkerung ebenso weit verbreitet wie das Misstrauen gegenüber den Verantwortungsträgern an der Spitze der privatisierten Betriebe.

#### **Bürger in die Entwicklung von Angeboten einbinden**

In diesem Spannungsfeld müssen Unternehmensmodelle gefunden werden, die einerseits die steigenden Erwartungen an die Qualität von Dienstleistungen erfüllen und andererseits die Bürger stärker in die Entwicklung des Angebots einbinden. Genossenschaften sind hier das Instrument der Wahl, auch wenn es gilt, falschen Erwartungen vorzubeugen. Denn anders als im eingangs erwähnten Asterix-Comic gibt es hier keinen magischen Trunk, der den Helden unbegrenzte Kräfte verleiht. Der Geschäftsbetrieb einer Genossenschaft muss sich rechnen, und auch in gemeinschaftlicher Anstrengung lässt sich nicht jeder Wunsch finanzieren.

In der Praxis konnte der genossenschaftliche Ansatz bereits in einer Reihe von kommunalen Zusammenhängen erfolgreich umgesetzt werden. Der RWGV macht seit Jahren die erfreuliche Beobachtung, dass Herausforderungen im Rahmen von Genossenschaftsgründungen als solche wahrgenommen werden und nicht als Blockaden. Mehr noch: Bei vielen Bürgern ist eine Neugier auf die Unternehmensform festzustellen. Was sie antreibt, ist zu einem nicht geringen Anteil der Wunsch nach Partizipation, der durch die Entwicklungen auf globaler Ebene noch verstärkt wird.

Denn gesellschaftliche Teilhabe erlaubt es den Menschen, Einfluss auf Dinge zu gewinnen, die ihr Leben berühren.

Für Kommunen ist das Thema Partizipation von grundsätzlicher Bedeutung. Eine Gemeinde, die ihren Bürgern ermöglicht, sich mit ihren Wünschen und Ideen aktiv





### Herausforderungen gemeinsam meistern

Stadtwerke sind als große Arbeitgeber und als Auftraggeber für Handwerk, Gewerbe und Industrie ein wichtiger Wirtschaftsfaktor der jeweiligen Region. Auf dem Strommarkt sehen sie sich einem stetig wachsenden Wettbewerbsdruck ausgesetzt, der ihre Kundenbasis zu erodieren droht. Gleichzeitig ergibt sich im Zuge der Energiewende ein Trend zur Dezentralisierung der Energieerzeugung, der neue Herausforderungen an die Gestaltung der Stromnetze und der lokalen Energieerzeugung stellt und der mit einem entsprechenden Investitionsbedarf verbunden ist.

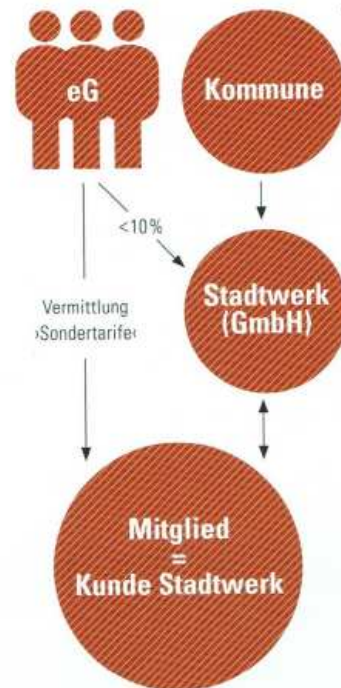
Die Stadtwerke sehen sich daher vor zwei großen Herausforderungen: Einerseits müssen sie versuchen, die Kunden enger an sich zu binden, andererseits gilt es, die Finanzierung notwendiger Investitionen sicherzustellen. Gleichzeitig verdeutlichen Bürgerinitiativen vielerorts, dass in der Bevölkerung gerade im Bereich der Energieversorgung ein ausgeprägter Wunsch nach Partizipation vorhanden ist. Vor diesem Hintergrund liegt der Gedanke nahe, die Bürger über genossenschaftliche Strukturen an Stadtwerken zu beteiligen.

### Partnerschaften beim Einkauf

Auch außerhalb des Energiesektors ist es oft die angespannte Haushaltsslage, die Städte und Gemeinden veranlasst, neue Wege in der Zusammenarbeit zu gehen. Wie im Fall der im Sommer 2012 in Düsseldorf gegründeten interkommunalen Einkaufsgenossenschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW KoPart eG. Gründungsmitglieder sind die Städte Bergisch Gladbach, Hilden, Gevelsberg, Jülich, Kaarst und Meinerzhagen sowie der Städte- und Gemeindebund NRW und die KommunalAgenturNRW.

Der Name KoPart ist Programm – er steht für die Attribute „Kommunal & Partnerschaftlich“ und beschreibt die Zielsetzung der Genossenschaft. Im Mittelpunkt steht die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Mitgliedskommunen bei der Beschaffung, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Der Genossenschaft beitreten können alle Mitglieder des Städte- und Gemeindebundes NRW und deren Einrichtungen. Die KoPart eG fasst den kommunalen Bedarf der Mitglieder zusammen und

Beteiligung am Stadtwerk  
und die Vermittlung von Sondertarifen



— Aus der Praxis —

#### Projekt: Beratung und Prüfung

»Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem RWGV und der persönliche Kontakt zu Prüfern und Beratern sichern langfristig den Erfolg der 'DEG Alles für das Dach eG'. Wir schätzen den RWGV als verlässlichen Ansprechpartner in den Bereichen Steuern, Recht und Prüfung.«

Volkmar Sangl,  
Vorsandssprecher  
DEG Alles für das Dach eG, Koblenz

bündelt die Nachfrage mit dem Ziel, bessere Konditionen durchzusetzen. Effiziente Beschaffung erfordert Know-how, Zeit und organisatorische Strukturen. Die Verlagerung der Beschaffungsaufgaben in die KoPart eG setzt somit Ressourcen in den kommunalen Verwaltungen frei – ein Ziel, das auch andere Genossenschaften im RWGV verfolgen.

#### Genossenschaft macht Schule

Ein bemerkenswertes Beispiel für genossenschaftliches Bürgerengagement ist das Raiffeisen-Campus Gymnasium in Wirges im Westerwald. Diese Genossenschaft entfaltet auf kommunaler Ebene ihre Wirkung, ist aber ohne umfangreiches Zutun der kommunalen Verwaltung und Politik entstanden. „Bildung ist Grundvoraussetzung dafür, dass junge Menschen ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. Dabei liegt uns die Zukunft der Jugendlichen hier in der Region besonders am Herzen“, erläutert Wilhelm Höser, Vorstandssprecher der Westerwald Bank. Das Genossenschaftsinstitut unterstützt den Raiffeisen-Campus von Anfang an.

Da das junge Gymnasium in den ersten Jahren keine staatliche Unterstützung erhält, finanziert sich der Campus unter anderem durch regelmäßige Spenden der Eltern.

➤ Weitere Beispiele für Genossenschaften in der kommunalen Daseinsvorsorge: der Dorfladen Thier und die Energiegenossenschaft Lieberhausen mit ihrem Vorstandsvorsitzenden Bernd Rosenbauer.



In der Regel zahlen sie 190 Euro im Monat. „Die Zahlung ist aber kein Aufnahmekriterium. Das würde auch nicht zu unserem Profil passen“, stellt Schulleiter Bernhard Meffert klar. Wenn eine Familie die Spende nicht aufbringen kann, kann sie Stipendien beantragen. Ermöglicht wird dies durch Sponsoren wie die Westerwald Bank, die zwei Schülerstipendien finanziert. Als Nachfolgerin der ersten Raiffeisen-Gründungen sieht sich die Bank besonders in der Pflicht. Höser: „Auch Raiffeisen ging es besonders um die Bildung der ländlichen Bevölkerung.“ Zu den Sponsoren gehören auch die Akademie Deutscher Genossenschaften aus Montabaur, die DZ Bank sowie die WGZ BANK, die auch Mitglied der Trägergenossenschaft ist. „Hilfe zur Selbsthilfe, einer der Kerngedanken Raiffeisens, ist nicht nur das wirtschaftliche Prinzip der genossenschaftlichen FinanzGruppe, sie ist auch ein wesentlicher Baustein im Konzept des Raiffeisen-Campus. Das verbindet uns“, unterstreicht WGZ-Vorstand Dr. Christian Brauckmann, der sich darüber hinaus als Mitglied des Aufsichtsrats für den Raiffeisen-Campus engagiert.